

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P XXIV/131

Bonn, den 15. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite ----- Zeilen -----

1 - 2a Ein verwirrendes Bild ----- 120

Von Hans-Jürgen Wischniewski,
Bundesgeschäftsführer der SPD

3 D D T ----- 39

Ursache von Gesundheitsschäden?

4 Zentrumsunion und Konservative arbeiten jetzt zusammen ----- 39

Einigung der griechischen Widerstandskräfte

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLEDERUNG bringt heute:

Brendt spricht am Tag der Heimat
Zur Diskussion mit Klaus Schütz bereit
Ständiger Beirat für Familienzusammenführung
Politik des Gewaltverzichts von den Vertriebenen vorformuliert
Mit dem Selbstbestimmungsrecht Status quo überwinden
Ernst Paul scheidet aus dem Bundestag
Sondernummer über Köslin
Breslau so wie es war

Ein verwirrendes Bild

Von Hans-Jürgen Wischniewski,
Bundesgeschäftsführer der SPD

Dies ist der erste Beitrag einer in zwangsloser Reihenfolge im SPD-Pressedienst erscheinenden Artikelserie, in der sich der Bundesgeschäftsführer der SPD, Hans-Jürgen Wischniewski, mit Aktivitäten und Zielsetzungen der politischen Parteien in der Bundesrepublik befaßt. Die Redaktion

Die CDU hat dieser Tage ihren Wahlkampf eröffnet. In den aus diesem Anlaß gehaltenen Reden, aber auch in dem jetzt veröffentlichten Wahlprogramm der CDU sind die Zielsetzungen der Partei nur sehr verschwommen vorgestellt worden. Und nichts war über die Leistungen der Christdemokraten in der vergangenen Legislaturperiode zu hören. Der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Kurt Georg Kiesinger lehnte es sogar ausdrücklich ab, einen Rechenschaftsbericht über die politische Arbeit in den vergangenen vier Jahren abzulegen. Diese Vorsicht ist nur zu verständlich: In der CDU gibt es weder einheitliche Zielvorstellungen noch beachtenswerte politische Leistungen. Die CDU vertritt jetzt die Auffassung, daß Parteien an dem gemessen würden, was sie für die Zukunft leisteten. In ihrer Politik hat die CDU diesen Maßstab allerdings nicht angewendet: Sie hat bei vielen für die Zukunft wichtigen Initiativen gebremst.

Die programmatischen Divergenzen in der CDU - von ihrem Spannungsverhältnis zur bayerischen Schwesterpartei einmal ganz abgesehen - zeigen sich allenthalben:

Die Sozialausschüsse der CDU engagierten sich für die Mitbestimmung, aber im "Wahlprogramm" der Partei wird diese entscheidende Frage nur in einigen matten und allgemeinen Sätzen angetippt; den Unternehmern schließlich verspricht die CDU gleichzeitig, die Mitbestimmung auch in der kommenden Legislaturperiode zu verhindern, wenn sie sich zu einer Wahlspende bereitfinden.

Von den CDU-Sozialausschüssen wurde die Aufhebung der Preisbindung bei Markenartikeln gefordert, aber es waren die CDU-Fraktion und die CDU-Kabinettsmitglieder, die diese im Interesse des Verbrauchers

liegende Initiative blockiert haben.

In ihrem Wahlprogramm fordert die CDU eine "stabile Währung". Deutlicher wurden die Sozialausschüsse: Sie wiesen deutlich auf die Gefahr der "falschen Wechselkurse" hin. Im Kabinett aber hat der christdemokratische Bundeskanzler Kiesinger die außenwirtschaftliche Absicherung der Deutschen Mark verhindert, und der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Bundesarbeitsminister Katzer, hat die Chance zur Entscheidung gegen die Unterbewertung der DM und für die Stabilität unserer Preise nicht wahrgenommen. Daran zeigt sich, daß politische Forderungen und politisches Handeln in der CDU nicht auf einen Nenner gebracht werden können. Zudem ist offenbar, daß den Sozialausschussen nur vor der Wahl gestattet wird, Laut zu geben - der nächste Maulkorb kommt bestimmt.

Nicht weniger verwirrend ist das Verhältnis der CDU zur NPD. Es ist sehr zu begrüßen, daß die CDU den Einzug der NPD in den Bundestag verhindern will. Aber am 5. März war die CDU bereit, die für ihren Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, Dr. Gerhard Schröder, abgegebenen Stimmen der NPD hinzunehmen.

Es ist nicht verwunderlich, daß Kiesinger darauf verzichtet, über Leistungen der CDU-Minister zu sprechen. Wichtiger ist es für diese Partei, von früheren Fehlleistungen abzulenken. Deshalb werden mit taktisch allerdings ungeschickt verteilten Rollen neue Versionen der wirtschaftlichen Entwicklung von 1966, die zum Zusammenbruch der Regierung Erhard führte, produziert: So wurde die damalige Wirtschafts- und Finanzkrise, in der über eine Million Arbeitsplätze verlorengegangen waren, die von Kurt Georg Kiesinger selbst in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 ausdrücklich bestätigt wurde, von dem CDU-Wirtschaftsexperten Burgbacher weggeleugnet, während Bundesfinanzminister Strauß von der "Gnade der Stunde der Angst" spricht und der für die Entwicklung von 1966 verantwortliche damalige Wirtschaftsminister und heutige Schatzminister Kurt Schmücker diese Rezession als "gewollt" kennzeichnet - mit dem Erfolg, daß sich sogar der nordrhein-westfälische CDU-Fraktionsvorsitzende Lenz von der These Schmuckers distanziert. Einziges Ziel dieser Verzerrungen: Die Bevölkerung der Bundesrepublik soll darüber hinweggefauscht werden, daß es allein die SPD und Bundeswirtschaftsminister Schiller gewesen sind, die mit einer modernen Wirtschaftspolitik diese Krise binnen Jahresfrist zu bewältigen vermochten. Und es soll kaschiert werden, daß die CDU keine Alternative zu Professor Schiller aufzuweisen hat.

Auch nach der Bewältigung der Krise war es der CDU/CSU unmöglich, politische Leistungen vorzuweisen:

Bundeskanzler Kiesinger erwies sich als Meister des Ausklammerns. Politik jedoch bedarf der Entscheidungen. Dort aber, wo Kiesinger schließlich zu einer Entscheidung gegen die SPD gelangte, war die Entscheidung falsch.: Wider den Bundeswirtschaftsminister und die Sachverständigen entschied Kiesinger sich gegen die außenwirtschaftliche Absicherung der DM. Zunehmend ist bei Kiesinger außerdem Angst vor Bundesfinanzminister Strauß festzustellen, die ihn bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben als Bundeskanzler behindert.

CDU-Generalsekretär Dr. Heck mag ein lautstarker Wahlkämpfer sein. Als Familienminister hinterließ er keinerlei Spuren.

Bundesverteidigungsminister Schröder, der sich in seinem Amt nie wohlfühlte, hat es nicht geschafft, die entscheidende Frage der Wehrgerechtigkeit einer Lösung näherzubringen und das Vertrauen der Truppe zu erringen.

Bundesarbeitsminister Katzer ist bei der wichtigsten gesellschaftspolitischen Initiative dieser Legislaturperiode gescheitert. Es war ihm nicht möglich, eine Kabinettsvorlage zur Lohnfortzahlung für erkrankte Arbeiter und zur Erhöhung der Krankenversicherungspflichtgrenze für Angestellte in den Bundestag zu bringen. Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse scheiterte dabei an seiner eigenen Partei.

Beide Innenminister der CDU vermochten nicht zu reüssieren: Paul Lücke machte sich für eine Änderung des Wahlrechts stark; aber er legte dem Kabinett keinen Gesetzentwurf zum Wahlrecht vor. Ernst Benda engagierte sich für ein Verbot der NPD; aber einen Verbotsantrag konnte er im Kabinett nicht durchsetzen.

Bundeswissenschaftsminister Stoltenberg schließlich brachte die lange überfällige Schwerpunktbildung in der Forschung nicht zustande. Ein Konzept, mittels dessen die Überfüllung der Hochschulen in den siebziger Jahren vermieden werden kann, wurde von ihm nicht vorgelegt.

Es ist nur natürlich, daß die hier aufgezählten Aktivitäten der CDU-Minister den Wählern nicht als Leistungen vorgestellt werden können. Der Verzicht Kiesingers auf einen CDU-Rechenschaftsbericht ist begreiflich. Aber er und die CDU sollten sich klar darüber sein, daß die Bürger der Bundesrepublik aufgeschlossen genug sind, um den Grund des Verzichts auf einen Rechenschaftsbericht der CDU/CSU-Regierungsmitglieder zu erkennen.

DDT

Ursache von Gesundheitsschäden?

re - Auf einem wissenschaftlichen Symposium in Baden-Baden haben sich deutsche und schwedische Wissenschaftler über mögliche Gesundheitsschäden des Insektenvertilgungsmittels DDT unterhalten. DDT wurde nach dem letzten Krieg in sehr großem Maße zunächst für hygienische Zwecke, dann zur Bekämpfung von Insekten in der Landwirtschaft verwendet.

Die schwedische Regierung hat beschlossen, ab 1. Januar für zwei Jahre die Verwendung von DDT in der schwedischen Landwirtschaft zu verbieten. Ab sofort darf es nicht mehr in Privatwerken verwendet werden. Man ist sich zwar in Stockholm im klaren darüber, daß bei der heute weltweiten Verwendung von DDT ein kleines Land nicht isolierte Erkenntnisse gewinnen kann. Man will aber in einem Modellfall herausfinden, ob ein DDT-Verbot bestimmte Krankheitserscheinungen am Menschen rückläufig macht.

Über diese Erscheinungen liegen vor allem Erkenntnisse aus den USA, aber auch aus der Sowjetunion, Schweden und der Bundesrepublik vor. Man glaubt, vornehmlich durch Wasser, Milch und Feldfrüchte fördert DDT bösartige Geschwülste oder schädigt die Leber so, daß sie gewisse Arzneimittel zerstört und unwirksam macht.

Nun ist inzwischen in der Bundesrepublik wie auch in anderen Staaten die Anwendung von DDT rückläufig. Es wird bei uns nur noch vornehmlich beim Kohlanbau und Weinbau verwendet. Dabei darf DDT ohnehin nur noch in geringem Maße Chlorkohlen-Wasserstoffe enthalten.

Das spezielle Problem, dem in der Bundesrepublik das Augenmerk geschenkt werden soll, ist die Verunreinigung von Wasser. Der Regen spült DDT in Flüsse, Talsperren sowie in die Ost- und Nordsee. Aus den Talsperren wird zunehmend Trinkwasser entnommen. Analysen haben ergeben, Talsperren-Wasser kann in zu hohem Maße mit DDT durchsetzt sein.

Die Flüsse, die ins Meer münden, treiben dem Plankton DDT zu. Da Plankton DDT nicht abbaut, gelangt es stark angereichert in die Fettpolster von Fischen und Seevögeln. Der Fischgenuß kann für den Menschen nachteilige Folgen haben.

Es läuft also im Grunde darauf hinaus, daß in der Bundesrepublik regelmäßig Talsperren und Fischfänge überprüft werden müssen. Ferner sollte man sich Sicherheit darüber verschaffen, daß die Anwendung von DDT schnell weiter rückläufig ist und möglicherweise, wenn in Nachbarstaaten andere Tendenzen vorliegen, hier zwischenstaatliche Abkommen schließen.

Zentrumsunion und Konservative arbeiten jetzt zusammen

Einigung der griechischen Widerstandskräfte

sp - In Athen ist jetzt ein wichtiger Schritt in Richtung der Bildung einer Alternative zur gegenwärtigen Militärdiktatur erfolgt. Die griechische Zentrumsunion und die konservative ERE-Partei haben in einem gemeinsam herausgegebenen Protokoll bekundet, daß sie unter einheitlicher Führung in einen unerbittlichen Kampf zur Befreiung des Landes von der Tyrannei der Militärjunta eintreten werden. Beide Parteien repräsentierten im letzten legalen Parlament des Landes 20 Prozent der Sitze. In ihrem jetzt abgeschlossenen Vertrag wollen beide gemeinsam eine Regierung bilden oder eine andere, die ihr gemeinsames Vertrauen genießen würde, unterstützen. Diese Regierung würde innerhalb eines Jahres nach dem Sturz der Diktatur freie Wahlen in Griechenland durchführen. Der Vertrag wurde von dem ehemaligen Koordinationsminister der Zentrumsunion und Bankpräsident, Professor Georg M a v r o s, und dem ehemaligen Ministerpräsidenten und Führer der ERE-Partei, Professor Panayiotis K a n e l i o p o u l o s, unterschrieben.

Der Vertrag sieht vor, daß die Übergangsregierung alle Notgesetze und Dekrete der Militärregierung annullieren wird. Sie wird weiterhin die Verfassung von 1952 wieder in Kraft setzen, was bedeutet, daß die Verfassung der Junta von 1968 als nichtig erklärt wird. Die Regierung sieht eine strenge Bestrafung der eidbrüchigen Offiziere vor, die den Staatsstreich vom 21. April 1967 durchgeführt haben und behält sich das Recht vor, diejenigen Offiziere zu amnestieren, die sich aktiv für den Umsturz der Diktatur einsetzen werden. Die Opfer der Junta werden moralische und materielle Wiedergutmachung erhalten.

Die Nervosität der Obristen wurde in den letzten Wochen immer spürbarer und deutlicher durch das Zerwürfnis mit der griechischen Rechenschaft und der Verletzung der eigenen Militärgesetze. Obwohl gerade die Artikel der "Verfassung" von 1968 die Beschlüsse des obersten Verwaltungsgerichtes respektierten und die Immunität der Richter wahrte, wurden diese Artikel durch plötzliche Regierungsdekrete rückwirkend für nichtig erklärt. Selbst der Schein der Legalität wurde von dem Juntaregime nicht mehr vorgegeben.

Daß es sich um einen brutalen Unrechtsstaat handelt, zeigt das seltsame und anachronistische Gebahren von Innenminister Pattakos, der in einer Rede den Bürgern empfahl, gegen diejenigen, die "Gerüchte" gegen die Militärregierung verbreiteten, sofort das bloße Faustrecht zu gebrauchen. Damit setzt ein Vertreter der Militärregierung in Griechenland das Gesetz des Urwaldes ein.